



**Brigitte Meier**  
Sozialreferentin

Frau Stadträtin  
Demirel Gülseren  
Fraktionsvorsitzende  
Stadtratsfraktion Die Grünen-Rosa Liste  
Rathaus

02.06.2016

### **Erpressung im Ankunftszentrum?**

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO  
von Frau Stadträtin Gülseren Demirel  
vom 21.04.2016, eingegangen am 21.04.2016

Az.: D-HA II/V1 1641-3-0298

Gz.: S-III-S/U/V

Sehr geehrte Frau Stadträtin Demirel,

in Ihrer Anfrage vom 21.04.2016 führen Sie Folgendes aus:

„Laut Presseberichten sollen Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma Flüchtlinge im Ankunftszentrum Euroindustriepark über Monate hinweg erpresst haben.

Bei der Abfrage nach privatem, mitgeführtem Bargeld der Flüchtlinge, von dem diese lediglich 750,- € behalten dürfen (evtl. Mehrbesitz wird eingezogen und auf Unterkunft und Verpflegung verrechnet), sollen Security-Mitarbeiter den Flüchtlingen mit Abschiebung gedroht haben, wenn diese kein Schweigegeld zahlten. Nur dann dürften Flüchtlinge ihr „überschüssiges“ Bargeld behalten.

So sollen die Security-Mitarbeiter nicht nur erpresserisch tätig geworden sein, sondern auch Dokumente gefälscht haben, in dem sie die von ihnen erpressten Menschen auch noch aus der Registrierung gelöscht haben, um diese unglaubwürdig erscheinen zu lassen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 21.04.2016 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wird die unter Verdacht stehende Sicherheitsfirma mit Sitz in Karlsruhe auch in städtischen Unterkünften eingesetzt?

Orleansplatz 11  
81667 München  
Telefon: 089 233-48640  
Telefax: 089 233-48575

Antwort:

Die oben angesprochene Sicherheitsfirma wurde und wird in **keiner** städtischen Unterkunft eingesetzt.

Frage 2:

Trifft es zu, dass diese Sicherheitsfirma auch die Sozialbetreuung im Ankunftszentrum übernehmen soll?

Antwort:

Da das Ankunftszentrum im Euroindustriepark (Maria-Probst-Straße) von der Regierung von Oberbayern betrieben wird, kann diese Frage vom Sozialreferat leider nicht beantwortet werden.

Frage 3:

Wenn ja und wenn die Vorwürfe sich bestätigen, welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Regierung von Oberbayern dahingehend zu bewegen, diese Entscheidung zu überdenken.

Antwort:

Auf die Antwort zu Frage 2 wird Bezug genommen. Die Regierung von Oberbayern entscheidet hier autonom, wird die Erkenntnisse aber sicher in ihre Entscheidung einbeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Brigitte Meier  
Berufsm. Stadträtin